

Verzweifelte Demokraten

Lammert und Sloterdijk über das Dilemma von Politik

FRANKFURT, 10. Februar. Schade, dass die Pegida-Demonstranten am Montagabend in Frankfurt nicht in den Opernturm hineinhorchen konnten. Denn alle ihre Fragen wären dort vom Philosophen Peter Sloterdijk und vom Bundestagspräsidenten Norbert Lammert beantwortet worden - nur nicht zu ihrer Zufriedenheit. "Was Politik kann. Was Politik nicht kann" war das Thema, zu dem die Bank UBS allerlei Denker und Banker versammelt hatte. Sloterdijk, eigentlich ein Dilettant auf dem Gebiet des Nicht-Könnens, wies darauf hin, dass die demokratische Politik seit langem an ihrer eigenen Unzulänglichkeit verzweifele. Sie vermöge eigentlich nichts - das habe der amerikanische Journalist Walter Lippmann schon 1925 bekundet. Dass der Philosoph John Dewey dem widersprochen hat, wird Pegida kaum beruhigen. Demokratische Politik, so Dewey, sei das Bemühen darum, sie selbst überhaupt möglich zu machen. Die Demokratie ist also immer eine künftige. Aber sie muss, so Sloterdijk, bereits in hinreichendem Maße vorhanden sein, "um als kommende kommen zu können".

Dann kam Lammert. Aber auch er hatte nicht mehr zu bieten als einen scharfen Blick auf die schlechteste aller Staatsformen, ausgenommen alle anderen (Winston Churchill). Es sei die zentrale Erwartung an die Demokratie, dass sie richtige Entscheidungen produziere, sagte Lammert. Das sei aber wegen der konkurrierenden Interessen der Bürger logisch unmöglich. Nein, es gehe um die Verlässlichkeit der Verfahren. Allerdings unterlägen diese in Zeiten der Globalisierung immer dem "Verdacht der Aussichtslosigkeit". Staatliche Souveränität? Dahin. Nur Europa unternehme den kühnen Versuch, die Souveränität durch deren Teilung zu retten. Und wo bleibt die Begeisterung dafür? Vielleicht bedarf es einer feurigen "Declaration of Dependance", die Sloterdijk aus Lammerts Worten herausgehört hat. Das könnte "den Menschen" (Sigmar Gabriel) gefallen. (tifr.)